

23.01.2026

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 6871 vom 15. Dezember 2025
der Abgeordneten Christina Kampmann SPD
Drucksache 18/17025

Abschiebungen von ausländischen Straftätern und Gefährdern

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Abschiebungen von ausländischen Straftätern und Gefährdern sind ein wichtiges Instrument zur Stärkung der inneren Sicherheit.

Die Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration hat die Kleine Anfrage 6871 mit Schreiben vom 23. Januar 2026 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister des Innern und dem Minister der Justiz beantwortet.

- 1. *Wie viele in NRW wohnhafte, verurteilte Straftäter wurden in den letzten fünf Jahren abgeschoben? (bitte nach Jahr der Abschiebung aufschlüsseln)***
- 2. *In welche Herkunftsländer wurden ebendiese Rückführungen von in NRW wohnhaften, verurteilten Straftätern in den vergangenen fünf Jahren vorgenommen? (bitte nach Herkunftsland und Jahr der Abschiebung aufschlüsseln)***
- 3. *Wegen welcher konkreten Straftatbestände wurden die aus NRW in den vergangenen fünf Jahren abgeschobenen Straftäter verurteilt? (bitte um Aufschlüsselung nach Straftatbestand, Herkunftsland und Jahr der Abschiebung)***
- 4. *In wie vielen weiteren Fällen sind Abschiebungen von in NRW wohnhaften, verurteilten Straftätern in den letzten fünf Jahren gescheitert? (bitte nach Jahr aufschlüsseln)***

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 1 bis 4 wie folgt gemeinsam beantwortet:

Die konsequente Durchführung aufenthaltsbeendender Maßnahmen bei straffälligen ausländischen Staatsangehörigen hat für die nordrhein-westfälische Landesregierung eine hohe Priorität. Das für Flucht zuständige Ministerium hat daher bereits im Jahr 2018 das Fallmanagement NRW eingerichtet. In diesem Rahmen koordinieren und begleiten die Regionalen Rückkehrkoordinationsstellen (RRK) bei den fünf Bezirksregierungen gezielt aufenthaltsrechtliche

Datum des Originals: 23.01.2026/Ausgegeben: 29.01.2026

Verfahren und ggf. aufenthaltsbeendende Maßnahmen bei ausländischen strafrechtlich auffälligen Personen, aber auch bei ausländischen Personen mit erheblich negativem Sozialverhalten. Die RRK unterstützen insbesondere bei der Initiierung, Koordination und Begleitung von Vor-Ort-Fallkonferenzen zur behördenübergreifenden Vernetzung der relevanten Akteure sowie zur Festlegung geeigneter Maßnahmen im Rahmen eines interdisziplinären Ansatzes und ggf. zeitnahen Durchsetzung der Ausreisepflicht durch die zuständigen Behörden. Das Fallmanagement NRW ist damit ein zusätzlicher Wirkfaktor zur Verbesserung der Sicherheitslage neben der fortbestehenden Fallbearbeitung durch die einzelnen Ausländer- und sonstigen Behörden.

Seit Einrichtung des Fallmanagements NRW im Jahr 2018 haben die RRK in insgesamt 3.544 Fällen zu ausländischen strafrechtlich auffälligen Personen sowie ausländischen Personen mit erheblich negativem Sozialverhalten Fallkonferenzen durchgeführt. In diesem Kontext konnten bereits 1.896 Fälle aus dem Fallmanagementspektrum erfolgreich abgeschoben werden (Auswertung zum Stichtag 31.10.2025).

Sonstige bzw. weitere Abschiebungen von strafrechtlich auffälligen Personen durch die zuständigen örtlichen Ausländerbehörden, über die im Fallmanagement NRW erfassten Fälle hinaus – werden statistisch nicht gesondert erfasst.

Weitere Statistiken im Sinne der Fragestellungen 1-4 liegen der Landesregierung nicht vor.

- 5. *Aus Anlass einer Berichtsanhörung der SPD-Fraktion teilte Innenminister Herbert Reul im Innenausschuss des Landtags am 26. September 2025 mit: „114 sicherheitsrelevante Personen sind zurückgeführt worden, und es gibt in Nordrhein-Westfalen noch 189 Gefährder.“ (APr 18/686). Wie viele weitere sicherheitsrelevante Personen sind seither zurückgeführt wurden? (bitte nach Jahren differenzieren)***

Seit der im Jahr 2017 eingeführten statistischen Erhebung von durchgeführten Rückführungen von sicherheitsrelevanten Personen (Gefährder, Relevante Personen und sonstige sicherheitsrelevante Personen) wurden in Nordrhein-Westfalen mit Stand vom 30. Dezember 2025 insgesamt 149 sicherheitsrelevante Personen zurückgeführt. Ferner sind insgesamt 13 ausländische sicherheitsrelevante Personen freiwillig überwacht ausgereist.